

Die spontane Streikbewegung 1973

Streiks, die die Gewerkschaften nicht ausrufen oder die sie — unter den einschränkenden Bedingungen der herrschenden Rechtsprechung — nicht legalisieren, werden in den Massenmedien häufig als »wilde Streiks« bezeichnet. Wegen des negativen Beigeschmacks des Wortes »wild« wird von Arbeitern und Gewerkschaftern die Bezeichnung »spontane Streiks« bevorzugt. Freilich wissen dabei die meisten, daß spontane Streiks nicht so spontan sind, daß sie keiner Vorbereitung, Absprache oder Organisation bedürften.

Spontane Streiks sind auch für die streikarme Bundesrepublik nichts Neues. Die kapitalistische Organisation der Produktion, die tagtägliche Ausbeutung schaffen vielfältige Anlässe für spontane Arbeitsniederlegungen in den Betrieben. Auch in Tarifrunden finden häufig spontane Streiks statt. Dabei handelt es sich um Warnstreiks begrenzten Umfangs, die den Gewerkschaften willkommen sind und nicht selten von ihnen selbst angeregt werden. Bei der IG-Metall gehören Warnstreiks fast schon zum Ritual der Tarifbewegungen. Sie sollen offensichtlich große offizielle Streiks ersetzen und vermeiden. Denn den Unternehmern wird damit die Streikfähigkeit demonstriert, um einen annehmbaren Tarifkompromiß zu erzielen. Zugleich geben sie den in der Vorbereitungsphase der Tarifbewegung kämpferisch gestimmten Mitgliedern Gelegenheit, ihre Kampfbereitschaft in begrenzten Aktionen abzuarbeiten.

Neu für westdeutsche Verhältnisse sind allerdings jene spontanen Streikbewegungen, die — wie in den Jahren 1969 und 1973 — eine massenhafte Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der Tarifpolitik zum Ausdruck bringen und sich durch die Beteiligung großer Teile der Arbeiterklasse auszeichnen. Streikbewegungen dieser Art stellen eine praktische Kritik an der offiziellen Tarifpolitik dar.

1969 hatten die streikenden Arbeiter einen Lohnrückstand aufgeholt, der durch die Anbindung der Gewerkschaften an die Einkommenspolitik der »Konzertierten Aktion« entstanden war. Angesichts der massenhaften Streikbewegung sahen sich die Gewerkschaften gezwungen, von den Unternehmern die Entfristung der Tarifverträge zu verlangen und in vorzeitige Tarifverhandlungen einzutreten. 1973 wehrten sich

die Streikenden gegen eine Schmälerung ihrer Realeinkommen, die aufgrund der inflationären Preisentwicklung einerseits und der — mit Rücksicht auf die Bonner Stabilitätspolitik — zu niedrigen Tarifabschlüsse andererseits drohte. Schon wenige Wochen nach dem beispielgebenden Tarifabschluß der IG Metall forderten die ersten streikenden Betriebskollektive eine zusätzliche Anhebung der Löhne. Fast das ganze Jahr hindurch traten Arbeiter in spontane Streiks, um Teuerungszulagen durchzusetzen.

Diese Wellen spontaner Streiks sind Ausdruck einer manifesten Krise, in die die bisherige Praxis und Politik der westdeutschen Gewerkschaften geraten sind. Diese Krise hat einen doppelten Aspekt. Zum einen wird offenbar, daß die breite Unzufriedenheit, die sich in den spontanen Streiks Luft macht, im innerorganisatorischen Willensbildungsprozeß nicht mehr angemessen verarbeitet und tarifpolitisch umgesetzt werden kann. Hierin zeigen sich gravierende Mängel der innergewerkschaftlichen Demokratie. Zum anderen macht die Korrektur der gewerkschaftlichen Tarifpolitik durch die streikenden Mitglieder deutlich, daß es den Gewerkschaften nicht mehr gelingt, mit einer den jeweiligen konjunkturpolitischen Erfordernissen angepaßten Tarifpolitik die Interessen der Mitglieder hinreichend zu befriedigen. Die Gewerkschaften können nicht mehr — wie in den Jahren der Prosperität — zugleich Vertretungsorgan der Mitgliederinteressen und Transmissionsriemen der staatlichen Wirtschaftspolitik sein. Die erhöhte Krisenanfälligkeit des westdeutschen Kapitalismus und der wachsende Widerstand der westdeutschen Arbeiterklasse, ihre materiellen Interessen aus stabilitätspolitischen Rücksichten zu beschränken, sind die entscheidenden Ursachen dafür, daß die Gewerkschaften jene Doppelrolle nicht mehr zu spielen vermögen.

Verlauf der Streikbewegung

Die spontanen Streiks 1969 waren innerhalb eines gedrängten Zeitraums von 18 Tagen im September aufeinandergefolgt. An ihnen hatten sich 140 000 Arbeiter aus 69 Betrieben beteiligt. Industrielle Schwerpunkte waren Stahlindustrie, Werften, metallverarbeitende Industrie und Steinkohle-Bergbau an Ruhr und Saar. Gegen Ende der Streikbewegung kam es auch noch in der Textilindustrie und im öffentlichen Dienst zu spontanen Arbeitsniederlegungen.

Die Streikbewegung 1973 verlief dagegen in mehreren Wellen fast über das ganze Jahr. An ihr beteiligten sich rund

275 000 Arbeiter aus mindestens 335 Betrieben. Kennzeichnend für die gesamte Streikbewegung war, daß diesmal auch zahlreiche kleinere und mittlere Betriebe einbezogen wurden. Industrielle Schwerpunkte waren, ähnlich wie 1969, die Stahl- und metallverarbeitende Industrie und der Saarbergbau. Im Bereich des öffentlichen Dienstes kam es nur zu Protesten und vereinzelt Arbeitsniederlegungen.

Ihren Ausgang nahm die Streikbewegung in der Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens. Hier war die Unzufriedenheit mit dem stabilitätskonformen Abschluß von 8,5 Prozent Anfang Januar besonders groß. Das zeigte sich bereits in der Urabstimmung über diesen Abschluß. Nachdem die Stahlarbeiter auf einen Streik vorbereitet worden waren, stimmten sie in der zweiten Urabstimmung mit großen Mehrheiten gegen die Empfehlungen des Vorstands.¹

Stimmberechtigte	154 363	100 %
abgegebene Stimmen (Wahlbeteiligung)	121 090	78,5 %
Ja-Stimmen	40 101	26,0 %
Nein-Stimmen	80 612	52,2 %
ungültige Stimmen	377	

Schon kurz nach der Unterzeichnung des neuen Tarifvertrags kam es zu den ersten Streiks; ihr Ziel war es, zusätzliche Lohnerhöhungen auf betrieblicher Ebene durchzusetzen.

Im *Februar* traten hundert Beschäftigte der Schloßfabrik Hülsbeck & Fürst in Velbert in einen zweiwöchigen Streik. Wenige Tage später folgten ihnen rund 15 000 Hoesch-Arbeiter der drei Dortmunder Werke – Westfalenhütte, Phönix und Union. Wie im *September 1969* gehörten sie auch in dieser Streikbewegung zu den ersten Betriebskollektiven, die in den Ausstand traten. Anfang *März* führten in den Mannesmann-Werken Duisburg-Huckingen über 400 Profilwalzwerker einen zehntägigen erfolgreichen Streik. Im *April* kam es im gesamten VW-Konzern zu mehreren Arbeitsniederlegungen, an denen sich über 10 000 Beschäftigte beteiligten. Der Schwerpunkt der Streiks verlagerte sich im *Mai* nach Mannheim. Unter den 29 Streiks in diesem Raum ist vor allem der fünftägige Streik von 2500 Arbeitern von John Deere hervorzuheben.

Nachdem Ende *Mai* zwischen der IG-Metall und dem Arbeitgeberverband Eisen und Stahl eine Vereinbarung über eine Sonderzahlung an die Stahlarbeiter abgeschlossen worden war, die Beschäftigten der Metallverarbeitung jedoch keine Zulage erhielten, nahmen die Streiks in der Metallverarbeitung zu.

In den Monaten *Juni/Juli* kam es in fast 60 Betrieben zu Ar-

beitsniederlegungen, die größten unter ihnen waren die Vulkan-Werft in Bremen mit 5000, die Klöckner Hütte Bremen mit rund 6000 und Hella/Lippstadt mit 7500 Streikenden. Ihren Höhepunkt erreichten die Streiks zweifellos im *August* mit über 100 bestreikten Betrieben und etwa 80 000 Streikenden. Allein in der zweiten Augushälfte traten die Belegschaften folgender Betriebe in meist mehrtägige Streiks: Pierburg/Neuss, Valvo/Aachen, Küppersbusch/Gelsenkirchen, Opel/Bochum, Ford/Köln und Rhein Stahl/Brackwede. Im *September* legten erstmals Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Hannover die Arbeit nieder. Zu größeren Streiks kam es im *Oktober* an der Saar. Dort legten etwa 8000 Stahlarbeiter für zwei Tage und, gegen Ende des Monats, 13 000 Saarbergleute für drei Tage die Arbeit nieder. Teile der Mannesmann-Belegschaft traten erneut in den Ausstand.

Zusammenfassend läßt sich folgende statistische Übersicht aufstellen, wobei Angaben über die Anzahl der bestreikten Betriebe und die Anzahl der Streikenden Mindestzahlen sind.

Monat	Anzahl der Betriebe	Anzahl der Streikenden
Februar	3	15 500
März	2	740
April	3	10 000
Mai	46	51 000
Juni	49	43 000
Juli	15	17 000
August	107	80 000
September	79	27 000
Oktober	28	30 000
November	2	1 000
insgesamt	335	275 240

Quelle: Redaktionskollektiv »express«, Spontane Streiks 1973 – Krise der Gewerkschaftspolitik, Offenbach a. M. 1974, S. 127

Aus der Übersicht wird deutlich, daß die Streikbewegung außerordentlich zersplittert verlief. Zu einer geschlossenen Streikwelle (wie im *September 1969*) kam es selbst auf dem Höhepunkt der Streikbewegung – im *August* – nicht. Dies war zweifellos eine der größten Schwächen dieser Streikbewegung.

Forderungen

Die Zersplitterung der Streikbewegung setzte sich in einigen der wichtigsten Streiks auf Betriebsebene fort. Dies lag einmal daran, daß die Streikinitiative – auch dies im Unterschied zu

1969 — häufig von den unteren Schichten der Lohnarbeiter (Bandarbeiter, ausländische Arbeiter, lohnabhängige Frauen) ausgingen, und zum anderen daran, daß von diesen Gruppen neben Teuerungszulagen auch weitere spezifische Forderungen aufgestellt wurden.

In der Mehrzahl der Streiks wurden Teuerungszulagen gefordert. Ob in Form eines Pauschalbetrags (300 DM) oder einer Stundenlohnerhöhung (60 Pfennig, 70 Pfennig, 1 Mark), in nahezu allen Fällen handelte es sich um *lineare* Forderungen. Bis auf wenige spektakuläre Erfolge (z. B. bei Pierburg) erzielten die Streikenden nur Teilerfolge, nicht selten mußten sie sogar offene Niederlagen hinnehmen. Ihren Niederschlag fanden die Teilerfolge in zahlreichen betrieblichen Sonderregelungen zwischen Management und Betriebsrat. Für den Stahlbereich handelte die IG Metall im Mai einen einmaligen Pauschalbetrag von 280 DM aus, die als »stahltypische Zuschläge« im Vorgriff auf neu zu regelnde Bestimmungen des Manteltarifvertrags gezahlt wurden. Für die Beschäftigten in der Metallverarbeitung konnte die IG Metall eine ähnliche Regelung über die Erhöhung des Urlaubsgeldes nicht durchsetzen. Im öffentlichen Dienst vereinbarte die ÖTV eine Aufstockung des Weihnachtsgeldes von bisher zwei Drittel auf einen vollen Monatslohn. Völlig leer gingen die Saarbergleute aus.

Wenn auch die Forderungen nach Lohnerhöhungen deutlich im Vordergrund standen, so spielten doch *qualitative* Kampf-forderungen eine viel größere Rolle als 1969. Von den Bandarbeitern bei Opel wurde für geleistete Sonderschichten ein Tag bezahlter Sonderurlaub und für die Schichtarbeiter bezahlte Pausen von 30 Minuten gefordert. Die ausländischen Arbeiter bei Ford streikten für eine Verlangsamung der Bandgeschwindigkeit und eine bessere Springerregelung sowie einen bezahlten Urlaub von 6 Wochen. Forderungen nach längerem und zusammenhängendem Urlaub bildeten auch in anderen Betrieben (Karmann/Osnabrück, Heidelberger Schnellpressenfabrik) die Kampfinhalte. Bei Pierburg forderten die zumeist ausländischen Frauen die Abschaffung der unteren, sogenannten »Leichtlohngruppen«, bei John Deere wurde eine Änderung der Akkordregelung gefordert.

Zum großen Teil wurden Forderungen dieser Art von ausländischen Arbeitern und Arbeiterinnen gestellt. Sie erklären sich aus den besonderen Belastungen, denen sie als unqualifizierte Arbeiter ausgesetzt sind. Sie sind in der Mehrzahl in den niedrigen Lohngruppen eingestuft und stehen am stärksten unter dem Druck der Arbeitsetze an den Fließbändern. Außerdem benötigen sie wegen der langen Heimreise einen längeren und vor allem zusammenhängenden Urlaub.

Reaktionen der gewerkschaftlichen Führungen

Die betroffenen Gewerkschaftsvorstände reagierten auf die spontanen Streiks weitaus härter als im September 1969. Da die Streiks in der Stahlindustrie und im Saarbergbau unmittelbar oder nur wenige Wochen nach Abschluß der Tarifverträge begonnen hatten, konnten sich die Vorstände nicht so leicht wie 1969 mit vorgezogenen Tarifverhandlungen aus der Affäre ziehen. Sie ließen es diesmal nicht mit der Verweigerung jeglicher Unterstützung bewenden, wie es die herrschende Arbeitsrechtsprechung verlangt, sondern brandmarkten — mit unterschiedlichen Nuancen — die Streiks als gewerkschaftsschädigend. Auch begnügten sie sich nicht mit der bloßen Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit, sondern intervenierten über Vorstandsmitglieder, Arbeitsdirektoren und Betriebsräte in den betrieblichen Konflikten, um zusammen mit den Unternehmensleitungen einen Abbruch der Streiks herbeizuführen.

Der Vorstand der IG Metall reagierte auf die Streiks in der Stahlindustrie anders als auf die in der Metallverarbeitung. Noch im Februar und März, als die Hoesch- und Mannesmann-Arbeiter die Streikwelle eröffneten, dabei aber noch isoliert blieben, griffen Vorstandsmitglieder mit aller Härte ein und versuchten, die Autorität der Gewerkschaftsführung gegenüber den Mitgliedern wiederherzustellen. Nachdem allerdings die Streikwelle im Sommer auf die Metallverarbeitung übergegriffen und vor allem sich quantitativ ausgedehnt hatte, änderte der Vorstand sein Verhalten: Die offene Ablehnung wich einer indifferenten Zurückhaltung.

Wenn er es auch nunmehr ablehnte, weiterhin »die Feuerwehr der Arbeitgeber« zu spielen, so machte er jedoch den Streikenden gegenüber die Friedenspflicht für sich geltend. Das unterschiedliche Verhalten des IG-Metall-Vorstands beruhte auf den Möglichkeiten, die Streiks in der Metallverarbeitung nicht der Tarifpolitik, sondern den Unternehmern anzulasten, weil nunmehr eine größere zeitliche Distanz zum Tarifabschluß bestand und die Preissteigerungen im Sommer bedrohliche Ausmaße angenommen hatten; außerdem hatten die Metallunternehmer die Forderung der IG Metall nach Aufbesserung in Form eines erhöhten Urlaubsgeldes abgeschlagen. Dies führte dazu, daß der Vorstand der IG Metall den Streiks in der Metallverarbeitung eine bedingte Berechtigung zuerkannte. Weiterhin zurückgewiesen wurde von ihm indessen die Vorstellung, daß in den Streiks eine praktische Kritik in der offiziellen Tarifpolitik zum Ausdruck gekommen sei. Nachdem die Streikwelle auch in der Metallverarbeitung abgeklungen war, erklärte der 1. Vorsitzende der IG

Metall vor Betriebsräten und Vertrauensleuten seiner Organisation:

»Uns sind im Zusammenhang mit den spontanen Arbeitsniederlegungen Entfremdungen von den Mitgliedern und gewerkschaftlicher Legalismus vorgeworfen worden. Das war schon in der Vergangenheit falsch. Es ist durch die aktuellen Ereignisse um keinen Deut richtiger geworden. . .

Die spontanen Arbeitsniederlegungen des Jahres 1973 haben sich ebensowenig wie die Septemberstreiks 1969 in der Metallindustrie gegen die Organisation gerichtet. Sie haben sich gegen die Arbeitgeber gerichtet, ausgelöst wurden sie teils durch die betrieblichen Arbeitsbedingungen, teils durch die Taktiken von Gesamtmetall«².

Der Vorstand der IG Bergbau und Energie nahm zum Streik der Saarbergleute eine schroff ablehnende Haltung ein. Vom ersten Streiktag an versuchte die Gewerkschaftsführung mit Flugblättern und öffentlichen Erklärungen, den Streik abzuwürgen und Anschlußstreiks an der Ruhr zu verhindern. Ihre Argumentation unterschied sich kaum von der der Unternehmer. Dem gewerkschaftsüblichen Sprachgebrauch entgegen, sprach sie von »wilden Streikaktionen«, die »linksextremistische Kreise« inszeniert hätten. Im Fernsehen und im Rundfunk bezichtigte der 1. Vorsitzende die DKP als Anstifter der Streiks. Obgleich in den Wochen und Monaten zuvor in der Stahl- und Metallindustrie vielfach Teuerungszulagen gewährt worden waren, sprachen Vorstand und Bezirksleitung der IG Bergbau und Energie den Forderungen ihrer Mitglieder nach Teuerungszulagen schlechthin die Berechtigung ab und verwiesen auf die erst vor wenigen Wochen abgeschlossenen neuen Lohntarife (9,6 Prozent Erhöhung ab 1. 8. 1973, wobei zu berücksichtigen ist, daß andere Gewerkschaften vor diesem Zeitpunkt Abschlüsse über 10 Prozent erzielt hatten). Nach dem Zusammenbruch der Streiks an der Saar bemühte sich die Gewerkschaftsführung um die »Entlarvung« einer großangelegten DKP-Verschwörung³. Sie folgte damit ihrem Argumentationsmuster von 1969; bereits damals hatte sie Kommunisten und radikale Kräfte für die spontanen Streiks verantwortlich gemacht.

Subtiler ging der 1. Vorsitzende der IG Chemie-Papier-Keramik in der Diffamierung der spontanen Streiks vor. Zwar war es in seinem Organisationsbereich kaum zu Arbeitsniederlegungen gekommen, dennoch fühlte er sich genötigt, zu der Streikbewegung Stellung zu nehmen. Denn einige seiner Funktionäre hatten sich einer Erklärung von linken SPD-Abgeordneten angeschlossen, die in den spontanen Streiks ein Kampfmittel sahen, »das in der schwierigen tarifrechtlichen Situation der Gewerkschaften dazu beigetragen hat, den

Handlungsspielraum zu erweitern«. Dem hielt der IG-Chemie-Vorsitzende im offiziellen Gewerkschaftsorgan entgegen, daß »jede Arbeitsniederlegung an der gewerkschaftlichen Organisation vorbei die Solidargemeinschaft schwächt«⁴. Da zudem nicht alle Arbeiter die Möglichkeit hätten, einen »Nachschlag« zu erstreiken, handelten diejenigen unsolidarisch, die ihn für sich durchsetzten.

Probleme der Streikorganisation

Die teilweise gravierenden Niederlagen einzelner Betriebskollektive in der Streikbewegung sind auf eine Reihe von Mängeln zurückzuführen, die mit der Organisation und Führung der Streiks zusammenhängen. Als verhängnisvoll erweisen sich vor allem: 1. die Trennung der spontanen Bewegung von den betrieblichen Gewerkschaftsorganen, 2. die Spaltung zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern und 3. die Isolierung der streikenden Betriebskollektive voneinander.

Die traditionell gewerkschaftlich orientierten Facharbeiter in der Stahl- und Metallindustrie waren 1969 die tragenden und treibenden Kräfte der spontanen Streiks gewesen. Für die Streikbewegung 1973 war die aktive und zum Teil führende Rolle der weniger qualifizierten Arbeiterschichten kennzeichnend. Gerade von ausländischen Arbeitern gingen viele Streikinitiativen aus. Diese Arbeiterschichten sind jedoch in den Organen der betrieblichen Interessenvertretung – Vertrauensleutekörper und Betriebsrat – in der Regel unterrepräsentiert. Dies ist ein wichtiger Grund dafür, daß die Rolle und der Einfluß der Vertrauensleute in der Streikbewegung 1973 von geringerem Gewicht war als 1969. Ein zweiter Grund dürfte in der Haltung der Gewerkschaftsapparate zu den Streiks zu suchen sein. Als gewerkschaftliche Funktionäre haben die Vertrauensleute natürlich eine engere Bindung an die Organisation als bloße, formelle Mitglieder und werden daher Äußerungen von Vorständen und örtlichen Gewerkschaftsleitungen nicht einfach ignorieren können. Die eindeutige Verurteilung der spontanen Streiks durch die Gewerkschaftsapparate hatte bei den Vertrauensleuten zu Passivität und Rückzugstendenzen geführt.

Tendierten die betrieblichen Gewerkschaftsorgane dahin, sich aus den Streiks herauszuhalten, so kamen sie damit ihrerseits einer Tendenz auf seiten der Streikenden entgegen, die aufgrund betrieblicher Erfahrungen der gewerkschaftlichen Vertretungspolitik mißtrauisch gegenüberstanden. Dieses Miß-

trauen wurde von manchen politischen Gruppen, wo sie aktiv eingreifen konnten, weidlich ausgenutzt. Dieses Zusammenspiel erklärt auch, warum es zur Bildung eigenständiger, von den Gewerkschaftsorganen abgehobener Streikleitungen kam. Vor allem dort, wo der Betriebsrat mit der Unternehmensleitung eng zusammenarbeitete oder sich weigerte, die Forderungen der Streikenden ernsthaft zu vertreten und wo der Vertrauensleutekörper sich passiv verhielt, bildeten die Streikenden ihre eigenen Streikkomitees (so bei Ford/Köln, Valvo/Aachen, Hella/Lippstadt). Einmal ins Leben gerufen, mußten die Streikleitungen, denen wohl nirgends ein gewerkschaftlicher Vertrauensmann angehörte, die ablehnende Haltung von Betriebsräten gegenüber dem Streik verstärken, weil mit ihnen ihr Vertretungsmonopol nachdrücklich in Frage gestellt wurde. Dies war insbesondere dort der Fall, wo die Streikleitung ohne den Betriebsrat mit der Unternehmensleitung verhandeln wollte (wie bei Ford/Köln).

Freilich sind auch eine Reihe von Gegenbeispielen zu nennen – Streiks, in denen Vertrauensleute und Betriebsräte sich nicht von den Streikenden trennen ließen, sich vielmehr an ihre Spitze stellten (so bei Hoesch/Dortmund, Pierburg/Neuss, Küppersbusch/Gelsenkirchen).

Gerade in jenen Streiks, in denen die Streikenden nicht mit der Unterstützung der betrieblichen Gewerkschaftsorgane rechnen konnten, trat als eine weitere Komplikation für die Streikorganisation die Spaltung zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern hinzu.

Nachdem sich ihre gewerkschaftlichen Vertreter zurückgezogen hatten, standen die deutschen Arbeiter den vielfältigen Aktivitäten und Initiativen der ausländischen Kollegen meist überrascht und hilflos gegenüber. Waren schon die üblichen Verständigungsprobleme und die latente Konkurrenzsituation schwierig zu überwinden, so machten die folkloristischen Momente und militanten Kampfformen, die die ausländischen Arbeiter in die Streiks hineintrugen, eine Solidarisierung der deutschen Arbeiter noch schwieriger. Vor allem aber waren es die unterschiedlichen Forderungen, die deutsche und ausländische Arbeiter voneinander trennte. In den Kölner Fordwerken beispielsweise sank die Streikbereitschaft der deutschen Arbeiter, nachdem die Unternehmensleitung eine Teuerungszulage (280 DM) und die Bezahlung der Streiktage zugebilligt hatte. Die türkischen Kollegen, die für eine Verlängerung des Urlaubs und eine Verlangsamung der Bandgeschwindigkeit weiterstreikten, bekamen bald die Feindseligkeit der deutschen Kollegen zu spüren, wobei die gewerkschaftliche Betriebspolitik und die rassistisch gefärbten Informationen der Massenmedien eine nicht unerhebliche Rolle spielten.

Erfreulicherweise können auch hier wieder Gegenbeispiele angeführt werden. So etwa Pierburg/Neuss, wo sich die deutschen Facharbeiter mit den ausländischen Frauen solidarisierten, von denen die Streikinitiative ausgegangen war. Wichtig für diese Entwicklung war zweifellos, daß sich Betriebsrat und Vertrauensleutekörper ebenfalls solidarisch gegenüber den Streikenden verhalten hatten.

Die Streikorganisation litt besonders stark darunter, daß sie auf den einzelnen Betrieb beschränkt blieb. Es gelang praktisch in keinem Fall, eine Verbindung und Solidarisierung zwischen Betrieben eines Konzernbereichs herzustellen. So waren der schlechte Kontakt zwischen den einzelnen Vertrauensleuteleitungen der drei Hoesch-Werke, aber auch die fehlende Unterstützung durch die Belegschaften anderer Werke der Stahlindustrie wesentliche Gründe für die Niederlage des Streiks. Die Belegschaften in Tochterbetrieben großer Konzerne, etwa bei Küppersbusch (AEG-Konzern) und Rhein Stahl (Thyssen-Konzern), mußten praktisch gegen den gesamten Konzern kämpfen, ohne daß sie Unterstützung durch Solidaritätsstreiks in anderen Konzernbetrieben fanden. Anders dagegen verlief die Entwicklung im VW-Konzern: dort kam es zu gleichzeitigen Arbeitsniederlegungen in fast sämtlichen Werken.

Aufgrund der in der Streikbewegung des vergangenen Jahres zutage getretenen Uneinheitlichkeit und Zersplitterung konnte den lohn- und leistungspolitischen Offensiven des Kapitals nur begrenzter Widerstand entgegengesetzt werden. Für die weitere Entwicklung der Klassenbewegung in der Bundesrepublik kommt es daher entscheidend darauf an, daß die spontane Klassenbewegung und die Politik der Gewerkschaftslinken miteinander verschmelzen, daß die lokalen Gruppen kritischer Gewerkschafter ihre Isolierung durchbrechen und Kommunikationszusammenhänge herstellen, die in akuten Auseinandersetzungen eine breite Solidarisierung ermöglichen.

Anmerkungen

- 1 Zahlen nach Metall-Pressedienst v. 12. 1. 1973.
- 2 E. Loderer, Grundlagen gewerkschaftlicher Betriebs- und Gesellschaftspolitik, Referat auf der 8. Konferenz für Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder, Oktober 1973 in Travemünde, hektogr. Manuskrt., S. 30.
- 3 Vgl. »einheit«, Nr. 22 vom 15. 11. 1973, S. 1 (»DKP-Ballon geplatzt«), S. 2 (Kommentar: »Lenin läuft weiter mit«) und S. 8 (»DKP-Drahtzieher auf Saargruben – An der Ruhr die Weichen gestellt«).
- 4 K. Hauenschild, Heißer Herbst – kalt genossen, in: »Gewerkschaftspost« Nr. 10/Oktober 1973.

- 1 Zur Streikbewegung 1973:
 Redaktionskollektiv »express«, Spontane Streiks 1973 – Krise der Gewerkschafts-politik, Offenbach a. M., 1974.
 DKP, Bezirkssekretariat Ruhr-Westfalen, Zur Einschätzung der Sommerstreiks 1973, Essen, September 1973.
 Redaktionskollektiv Gewerkschaften, Neue Momente in der Klassenbewegung 1973 in der Metallindustrie, in: Probleme des Klassenkampfes, Heft 10, 3. Jg./1973.
 W. Müller-Jentsch/R. Keßler, Spontane Streiks in der Bundesrepublik, in: Kri-tische Justiz, Heft 4/1973.
 K. Steinhaus, Streikkämpfe in der BRD von 1971 bis 1974, in: Das Argument, Nr. 86, 1974.
- 2 Zu einzelnen Streiks:
 vgl. die Streikberichte aus den Betrieben in diesem Band sowie:
 G. Höhne, Wir gehen nach vorn!, Berlin 1974.
 Streik bei Ford Köln, herausgegeben von der Betriebszelle Ford der Gruppe Arbeiterkampf, Rosa Luxemburg Verlag, Köln 1973.
 Der Streik bei Ford, Sonderdruck der Zeitschrift »Was tun«, herausgegeben von der Gruppe Internationale Marxisten (GIM).
 Opel streikt, Ausbeutung und Kämpfe bei Opel, herausgegeben vom Redak-tionskollektiv in der Projektgruppe Ruhrgebietsanalyse, Bochum 1973.

Streikberichte aus den Betrieben

Streiks bei Mannesmann, Duisburg

Bei der Urabstimmung am 21. 12. 72 in der Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens beantworteten bei einer Beteiligung von etwa 90 Prozent der Stimmberechtigten 96,99 Prozent der Kollegen die Frage »Bist du bereit, für die Forderung, ab 1. Dezember 1972 die Tariflöhne um 60 Pfennig und die Tar- rifgehälter um 11 Prozent zu erhöhen, zu streiken?« mit einer eindeutigen Bereitschaft zu Kampfmaßnahmen. Wäh- rend der Vorstand der IG Metall einerseits erklärte, daß er mit großer Genugtuung die einhellige Kampfbereitschaft der Arbeiter und Angestellten zur Kenntnis nehme und das Ange- bot der Arbeitgeber von 5,6 Prozent als Provokation bezeich- nete, erklärte er fast im gleichen Atemzug, er wolle keinen Kampf um jeden Preis und sei weiterhin gesprächsbereit. Die- se doppelgleisige Politik wurde offensichtlich, als die IG Me- tall Anfang Januar bei 46 Pfennig und 8,5 Prozent abschloß. In diesen Abschluß waren, wie sich IG-Metall-Vorsitzender Loderer von Mitgliedern der Großen Tarifkommission sagen lassen mußte, bereits Streiks für das laufende Jahr mithin- eingenommen worden. Denn während die Gewerkschaft selbst die gestiegenen Belastungen der Arbeiterhaushalte mit min- destens 9 Prozent bezifferte, lag dieser Abschluß schon ein- deutig unter der bisherigen Preisentwicklung und stand in keinem Verhältnis zur abzusehenden Preisentwicklung. Er berücksichtigte außerdem in keiner Weise die durch die er- höhte Arbeitsintensität und technischen Veränderungen stän- dig wachsende Arbeitsbelastung. Entsprechend wurde auch bei der Urabstimmung über das Verhandlungsergebnis bei einer Beteiligung von ca. 80 Prozent nur von 25,9 Prozent das Verhandlungsergebnis angenommen, während 52,2 Pro- zent der Kollegen es ablehnten und damit gegen den Abschluß und für einen Streik votierten. Da die IG-Metall-Satzung aber für einen Streik 75 Prozent aller berechtigten Stimmen vor- schreibt, genügte die Minderheit von 25 Prozent, um das Ver- handlungsergebnis zu legitimieren. Die Haltung Loderers und damit der IG Metall zum Abschluß und zur Reaktion der Basis war zweideutig: während er noch im Gespräch meinte: »Wenn das von euch so negativ eingeschätzt wird,

Gewerkschaften und Klassenkampf

Kritisches Jahrbuch 1974

Herausgegeben von
Otto Jacobi,
Walther Müller-Jentsch
und Eberhard Schmidt

Über dieses Buch

Nach zwei Ausgaben hat das *Kritische Jahrbuch Gewerkschaften und Klassenkampf* endgültig einen zentralen Platz in der Diskussion über Aufgaben und Praxis der Gewerkschaften eingenommen. In allen Teilen der Bundesrepublik wird es regelmäßig in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit und an den Hochschulen eingesetzt.

»Den gewerkschaftlichen Kämpfen — spontanen wie offiziellen — ist es zuzuschreiben, daß der aktuelle Teil in diesem Jahrbuch umfangreicher ist als in den früheren«, schreiben die Herausgeber in ihrer Einleitung. »Die spontane Streikbewegung 1973 — breiter und militanter als die im September 1969 — hat unsere frühere Erkenntnis, daß die westdeutschen Gewerkschaften von dem Widerspruch zwischen offizieller Tarifpolitik und den Interessen der Mitglieder gekennzeichnet sind, in eklatanter Weise bestätigt. Die Vermutung, daß gewerkschaftliche Politik, wie sie bisher betrieben wurde, in eine Krise geraten ist, war niemals berechtigter als heute. So haben die spontanen Streiks nicht nur den Gewerkschaften ihr Vertretungsmonopol streitig gemacht, sie haben zugleich eine massenhafte Unzufriedenheit unter den ausländischen Arbeitern mit der gewerkschaftlichen Vertretungspolitik zum Ausdruck gebracht und auf Forderungsbereiche aufmerksam gemacht, die bislang sträflich vernachlässigt wurden.«



Fischer
Taschenbuch
Verlag